

Nr. 291 | 05.04.2022

Polen-Analysen

Die Krise der katholischen Kirche

■ ANALYSE	
Ist Polen (noch) ein christliches Land? Dominika Kozłowska, Znak, Krakau	2
■ DOKUMENTATION	
Lesetipp: Bericht der Katholischen Informationsagentur über die katholische Kirche in Polen (2021)	9
Konferenz des Episkopats: Erklärung des Migrations-, Tourismus- und Pilgerrates zu in Polen eintreffenden Geflüchteten	9
■ STATISTIK	
Anzahl der Priesteranwärter in Polen	10
■ UMFRAGE	
Einstellungen zur katholischen Kirche	10
<hr/>	
■ CHRONIK	
15. März 2022 – 04. April 2022	17
<hr/>	
■ LESEHINWEIS	
Jahrbuch Polen 2022: Widersprüche	20

Ist Polen (noch) ein christliches Land?

Dominika Kozłowska, Znak, Krakau

DOI: 10.31205/PA.291.01

Zusammenfassung

Das Bild der römisch-katholischen Kirche in Polen, wie wir es seit Jahrzehnten kennen, löst sich vor unseren Augen auf. Die größte Krise begann mit der Machtübernahme der Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*), die sich die Verteidigung des Katholizismus auf ihre Fahnen geschrieben hat. In den letzten Jahren verlor die Institution Kirche stark an Ansehen und die Menschen wandten sich massenhaft von ihr ab. Von einer schleichenden Säkularisierung der polnischen Gesellschaft kann immer weniger die Rede sein, denn die Veränderungen vollziehen sich immer schneller. Die Krise der Kirche lässt sich in drei aufeinanderfolgenden Etappen darstellen, die mit den folgenden Themen korrespondieren: Haltung gegenüber Flüchtlingen [der Text entstand im Herbst 2021, Anm. d. Red.], Rechte der Frauen und Pädophilie im Klerus.

Erste Etappe. Das Jahr 2015 – die Haltung gegenüber Flüchtlingen

»Polen hat sich 2015 gegen die Flüchtlingswelle gewehrt und wird sich auch jetzt wehren. Wir werden verantwortungsvoll handeln, wir sind vorbereitet und werden Polen verteidigen«, sagte Piotr Gliński, stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Kultur, nationales Erbe und Sport, im August 2021.

Das Wetter im August war in Polen nicht gut. Die kalten und regnerischen Tage erinnerten eher an Spätherbst denn an Hochsommer. Auch in Usnarz Górny, nahe der polnischen Grenze zu Belarus, regnet es am 30. August. Polnische Grenzsoldat:innen wärmen sich in trockenen Zelten. Die 32 Afghaninnen und Afghanen, die an der Grenze aufgehalten werden, sind durchnässt und krank. Frau Gul steht nicht auf. Sie hat hohes Fieber und eine flache Atmung. Nargies muss sich übergeben. Auch andere sind krank, einige von ihnen schwer. Der Bach, aus dem sie Wasser geschöpft haben, hat sich in einen schlammigen Matsch verwandelt. Jetzt haben sie keinen Zugang mehr zu Wasser. Das letzte Mal haben sie am Vortag etwas gegessen, trockenes Brot. Das hatten sie von den belarusischen Grenzwächtern bekommen, die ihnen durch einen engen Kordon den Rückweg abschneiden. Der polnische Grenzschutz verweigert den Afghan:innen rigoros medizinische Hilfe. All dies erfahren wir dank der Freiwilligen, Journalist:innen und mehrerer Geistlicher und Oppositionspolitiker:innen, die versuchen, den Flüchtlingen vor Ort zu helfen.

An den Hilfsmaßnahmen beteiligte Aktivist:innen bemühen sich auf verschiedene Weise, den Dingen eine positive Wendung zu geben. Einige, wie die Freiwilligen des Warschauer Klubs der Katholischen Intelligenz (*Klub Inteligencji Katolickiej*), sind nach Usnarz Górny gekommen und versuchen dort jeden Tag, die Flüchtlinge mit Medikamenten und Lebensmitteln zu versorgen. Außerdem haben sie einen Appell an die polnische

Bischofskonferenz gestartet, mit der Bitte, bei der Regierung zwecks Aufnahme einer Gruppe von Flüchtlingen aus Afghanistan zu vermitteln. Dabei berufen sie sich auf den bewegenden Appell, den der Rat für Migration, Tourismus und Wallfahrten der polnischen Bischofskonferenz verkündet hat. Andere unterstützen Organisationen, die Rechtshilfe leisten.

Das Drama dieser Flüchtlinge ist Thema in den Medien. Andere Dramen sind schwieriger publik zu machen. Seit einigen Wochen vollzieht der polnische Grenzschutz regelmäßig illegale Push-Backs, das heißt, er zwingt ausländische Männer und Frauen, die sich bereits in Polen aufhalten und internationalen Schutz suchen, zur Rückkehr nach Belarus. Auf der anderen Seite der Grenze tun die dortigen Grenzschrützer dasselbe und treiben die Flüchtlinge, die sich dort befinden, in einen Zustand hoffnungslosen Ausharrens, eingezwängt zwischen den Sicherheitsorganen beider Länder.

Verschärft wird die Krise durch das schwierige politische Umfeld: das vorsätzliche Handeln des Regimes von Alexander Lukaschenko, das mit Hilfe von speziellen Reisebüros Flüchtlinge an die Grenzen zu Polen und Litauen transportiert und die Migrant:innen instrumentalisiert, um die Lage im Osten der Europäischen Union zu destabilisieren.

Im September wird die Arbeit der Freiwilligen und Journalist:innen durch die Verhängung des Ausnahmezustands seitens der polnischen Regierung in Teilen der Woiwodschaften Podlachien (*województwo podlaskie*) und Lublin (*woj. lubelskie*) behindert. Von einem Tag auf den anderen wird die Öffentlichkeit von Informationen über die Aktivitäten der Behörden an der Ostgrenze abgeschnitten.

CBOS, das wichtigste polnische Meinungsforschungsinstitut, befragte die Polen erstmals im Jahr 2004 zu ihrer Einstellung gegenüber Flüchtlingen. Bei der nächsten Umfrage 2015 änderte sich deren Einstellung zu Flüchtlingen trotz des Abstandes von mehr als

zehn Jahren kaum. Immer noch waren drei Viertel der Befragten (76 Prozent) der Meinung, Polen solle verfolgten Menschen Schutz bieten.

Im selben Jahr kam die rechtspopulistische *PiS* mit massiver Unterstützung der Kirche an die Macht. Seit ihrer Gründung vertieft diese Partei mit ihrem Handeln konsequent die Spaltung der Gesellschaft. 2015 mussten die Flüchtlinge dafür herhalten. In diesem Jahr sah sich die Europäische Union durch die Migrationswelle ihrer größten politischen Krise seit Jahrzehnten gegenüber. Der Vorschlag, die Mitgliedsstaaten sollten aus Solidarität Flüchtlinge aufnehmen, spaltete die polnische Gesellschaft in Befürworter:innen und Gegner:innen einer Hilfe für die Kriegsoffer aus Syrien, dem Irak oder der Ukraine. Die polnische Gesellschaft weist eine der höchsten Quoten gläubiger Menschen in Europa auf, und dennoch reichten wenige Monate einer anschließenden Negativkampagne, um die Akzeptanz für eine gastfreundliche Aufnahme der Neuankömmlinge in Polen drastisch zu senken. Im Februar 2016 betrug dieser Wert gerade einmal 39 Prozent. Davon sprachen sich nur 4 Prozent für die Aufnahme von Flüchtlingen und deren Ansiedlung in Polen aus. 35 Prozent befürworteten eine vorübergehende Unterstützung, bis die Flüchtlinge in ihre Herkunftsländer zurückkehren könnten. Dagegen waren 57 Prozent der Meinung, Polen solle überhaupt keine Flüchtlinge aufnehmen. Auch die aktuelle Krise [im Jahr 2021, Anm. d. Red.] trägt nicht dazu bei, diese Relationen in der öffentlichen Meinung zu ändern. Die Umfrageergebnisse bleiben auf einem ähnlichen Niveau wie 2016. Binnen kurzer Zeit haben also einige Millionen Polinnen und Polen ihre Einstellung in einer so wichtigen Frage geändert.

Aus Sicht des Christentums gibt es kaum eine eindeutige Prüfung für die Treue zum Evangelium als die Haltung gegenüber Mitmenschen, die uns um Hilfe bitten. Und doch ist der Katholizismus, den sich Jarosław Kaczyński, Vorsitzender der Regierungspartei, auf die Fahnen geschrieben hat, kein ausreichender Grund, um die Grenzen für Fremde in Not zu öffnen. Er ist nicht einmal ein Hindernis für absichtliche Aktionen, die darauf abzielen, Flüchtlinge zu entmenschlichen und sie vor allem als Barbar:innen und potenzielle Terrorist:innen statt als Mitmenschen hinzustellen.

Die Bischöfe riefen zwar zur Aufnahme von Flüchtlingen auf und setzten sich sogar für die Einrichtung eines humanitären Korridors ein (Bischof Zadarko), doch ihr Appell blieb in der Öffentlichkeit ohne Resonanz. Sie hatten auch keinerlei Einfluss auf die Entscheidungen der angeblich katholischen Politiker:innen. Dies zeigt die Schwäche der katholischen Kirche in Polen, die Illusion ihrer Macht, denn sie findet bei politischen Wahlen der Gläubigen kein Gehör und hat sich von der Regierungspartei instrumentalisieren lassen. Mit anderen Worten:

Die Politiker:innen ergreifen »katholische« Maßnahmen rein selektiv, und zwar nur dann, wenn es ihnen passt (Verschärfung des Abtreibungsrechts), sonst nicht. Die Ansichten der Gläubigen sind wiederum in erster Linie vom politischen Diskurs geprägt, also von einem säkularen und nicht von einem spirituell-ethischen.

Die Frage, ob das Christentum in Polen angekommen ist, scheint heute nicht unbegründet. Natürlich wurde der Katholizismus in Polen in seiner institutionellen und rituellen Dimension übernommen. Aber wurde das Christentum als solches ebenso stark angenommen? Hier sind die Indikatoren subtiler. Statistiken, die belegen, wie viele Menschen die Sonntagsmesse besuchen, können diese Frage jedenfalls nicht beantworten. Für mich sind der Maßstab für eine Verinnerlichung des Christentums eher unsere alltäglichen Einstellungen, Verhaltensweisen und Entscheidungen. Und um diese steht es, statistisch gesehen, nicht gut. Nicht nur die Haltung gegenüber Flüchtlingen, sondern auch gegenüber den eigenen Landsleuten, die zum Beispiel nicht heteronormativer sexueller Orientierung sind, ist in Polen zutiefst unchristlich. Das gilt auch für die Einstellung zu Frauen, die in Polen immer noch nicht als mit Männern gleichberechtigt behandelt werden. Häusliche Gewalt, oder vielmehr ihre Prävention, steht auf der gesellschaftlichen Prioritätenliste ziemlich weit unten. Auch die Einstellung gegenüber Menschen mit Behinderungen, Ausgegrenzten oder Angehörigen verschiedener anderer Minderheiten lässt zu wünschen übrig. Schließlich ist in der Gesellschaft ein geringes Maß an Vertrauen untereinander vorhanden. Die polnische Gesellschaft ist also nur scheinbar christlich.

Zweite Etappe. 2016 – Die Kirche verliert die Frauen

So viel wie die *PiS* und die Kirche hat bisher niemand zur Entwicklung der Frauenbewegung und zur Verbreitung des Bewusstseins für die Rechte der Frauen beigetragen. Im Oktober 2016 rief ein »Gesamtpolnischer Frauenstreik« (*Ogólnopolski Strajk Kobiet – OKS*) als Reaktion auf die geplante Verschärfung des in Polen seit 1993 geltenden Abtreibungsgesetzes zu einem »schwarzen Protest« nach dem Vorbild des Streiks der isländischen Frauen von 1975 auf. Hunderttausende Frauen und Männer gingen in polnischen Städten auf die Straße, um gegen die Pläne der Regierung zu protestieren. Unter dem Eindruck der Massendemonstrationen nahm die Regierung von ihren Plänen Abstand. Bis auf weiteres.

Mit der Entscheidung vom Oktober 2020 beschloss das polnische Verfassungsgericht, dass die Bestimmung, die bei einer schweren und irreversiblen Behinderung des Fötus oder einer unheilbaren, für ihn lebensbedrohlichen Krankheit einen Schwangerschaftsabbruch erlaubt, nicht mit der polnischen Verfassung vereinbar sei. Diese Entscheidung wurde von einem Gremium gefällt, an

dessen Unparteilichkeit und Unabhängigkeit berechtigte Zweifel bestehen. Diesem Gremium gehörten drei so genannte »Richter-Double« an, Personen also, die nicht zur Verhandlung von Rechtssachen befugt sind, und die Vorsitzende, Julia Przyłębska, wurde in einem von schweren Rechtsverstößen überschatteten Verfahren zur Präsidentin des Gerichts ernannt.

Bei den Frauenprotesten 2016 ging es zunächst vor allem um die Frage des Abtreibungsrechts, dessen Verschärfung sowohl von Anti-Abtreibungsorganisationen als auch von der Kirchenhierarchie gefordert wurde. Im Lauf der Zeit breiteten sich die Proteste auf weitere Themenkomplexe aus und führten in jüngster Zeit dazu, dass die Verbindungen zwischen Staat und Kirche und die Hegemonie der letzteren in Frage gestellt wurden. Daher rührte auch der ausgeprägt antiklerikale und zuweilen antireligiöse Charakter der Proteste im Herbst 2020. Die Wut auf die Kirche hängt aber nicht nur mit ihrer Einflussnahme auf das Abtreibungsrecht zusammen. Auch die Aufdeckung von Pädophilie und sexuellem Missbrauch durch einige Kirchenvertreter sowie die systematische Vertuschung durch die Kirchenführung nährt eine antiklerikale Stimmung. Ein weiteres Thema, das allgemeine Empörung hervorrief, war die Beteiligung von Bischöfen an der Kampagne gegen LGBT+-Personen.

Lange Zeit galt die Kirche als stabilisierendes Element der rechtlichen Regelungen in Polen zu Lebensschutz, Fortpflanzungsfragen oder Familienformen. Das hat jedoch damit zu tun, dass die in Polen geltenden Normen – im Vergleich zu denen in westeuropäischen Ländern – äußerst konservativ sind.

Bis 2015, als die *PiS*-Regierung an die Macht kam, gab es in Polen einen fragilen und stark kritisierten, aber dennoch realen Konsens in den Beziehungen zwischen Staat und Kirche. Dieser Konsens, der sich in den 1990er Jahren herausgebildet hatte, galt auch unter der von der Bürgerplattform (*Platforma Obywatelska – PO*) geführten Regierung, als die Kritik an der Kirche an Stärke zunahm. Zur Regierungszeit der *PO* wurden die oben genannten Themen jedoch so in die öffentliche Debatte eingeführt, dass die Stimme der Kirche (auch wenn sie von Politiker:innen geäußert wurde, die sich auf den Standpunkt der Bischöfe bezogen) bei den jeweiligen Entscheidungen letztlich den Ausschlag gab. So war es etwa bei dem Versuch, eine Diskussion über den rechtlichen Rahmen für Lebenspartnerschaften anzustoßen, der in einem Fiasko endete und zu einem höchst demagogischen Streit über »Gender-Ideologie« führte.

Der Abtreibungskompromiss wurde von der Kirche in gewisser Weise akzeptiert. Die Bischöfe betonten zwar, Ziel des Gesetzes solle der volle Schutz des gezeugten Lebens sein, doch erst in den letzten Jahren begannen sie, Initiativen zur Verschärfung der geltenden Bestimmungen ausdrücklich zu unterstützen. Es sei daran erin-

net, dass die Kirchenführung nach 1997, als das Verfassungsgericht anerkannte, dass das menschliche Leben vom Zeitpunkt der Empfängnis an rechtlich geschützt ist, keine weiteren Änderungen in Richtung einer restriktiveren Handhabung des Abtreibungsrechts anstrebte. Als die Partei Liga Polnischer Familien (*Liga Polskich Rodzin – LPR*) wiederum 2007 zusammen mit Sejm-Marschall Marek Jurek und einem Teil der *PiS* den Schutz des Lebens vom Zeitpunkt der Empfängnis an in der Verfassung festschreiben wollte, schwieg der Episkopat, und einige Kirchenführer wie Erzbischof Tadeusz Gocłowski oder Erzbischof Józef Życiński machten deutlich, dass eine solche Änderung unklug wäre. Heute ist von dieser früheren – man könnte sagen: Zurückhaltung – nichts mehr zu spüren. Die Bischöfe haben sich nunmehr eindeutig auf die Seite der ultrakonservativen Alt-Right-Bewegungen [Kurzform von *alternative right* (alternative Rechte): Ideologien am Rand der politischen Rechten – ursprünglich in den USA –, die von weiß-christlichem Suprematismus geprägt sind (Anm. d. Red.)] gestellt.

Der bei den Umfragen der beiden Meinungsforschungsinstitute *CBOS* und *IBRiS* festgestellte öffentliche Vertrauensverlust der Kirche legt nahe, dass diese in naher Zukunft gesellschaftlich und politisch nicht mehr die Rolle spielen wird wie in den ersten Jahrzehnten der Dritten Polnischen Republik, insbesondere bis 2005, das heißt bis zum Tod von Johannes Paul II. Die derzeitige Krise im Zusammenhang mit dem sexuellen Missbrauch von Minderjährigen durch Geistliche, der Verwicklung einiger Bischöfe in Sexualdelikte oder der Deckung der Täter trägt zur Schwächung der verknöcherten Strukturen innerhalb des Klerus bei. In den Augen vieler Gläubigen haben die Bischöfe in Polen ihre Glaubwürdigkeit verloren, und die Kirche als Institution hat bewiesen, dass sie keine öffentliche Autorität mehr sein kann.

Dieser Vertrauensverlust hat auch tiefere Wurzeln und ist zu einem großen Teil auf den Weg zurückzuführen, den der polnische Episkopat nach 1989 eingeschlagen hat. Historisch gesehen nennen wir diesen Weg die Allianz von Thron und Altar, aber Zbigniew Nosowski, Chefredakteur der katholischen Zeitschrift *Więź*, hat ihn kürzlich noch treffender als »Konkubinat« bezeichnet. Auf jeden Fall war der Vertrauensverlust in die Kirche nach 1993 noch nie so groß wie heute.

Wichtig ist, dass sich die letzten Proteste zumindest teilweise auch gegen eine Kirche richteten, die sich angesichts des vom herrschenden Lager vom Zaum gebrochenen gesellschaftlichen Konflikts klar auf dessen Seite gestellt hat. Auch hat es die heutige Kirche in Polen versäumt, eine Beziehung zur jüngsten Generation aufzubauen, die Anfang der 1990er Jahre geboren wurde und erst vor kurzem ins Erwachsenenleben eingetreten ist. Für diese Generation ist die Kirche kein Bezugspunkt für die öffentliche Moral. Sie hat keine Erinnerung an

die historischen Verdienste der Kirche zur Zeit der Entstehung der demokratischen Opposition in der kommunistischen Volksrepublik.

Die jüngere Generation, die sich so zahlreich an den letzten Streiks beteiligte, kennt den Kontext des früheren Gesellschaftsvertrags nicht, der aus den stürmischen Auseinandersetzungen der frühen 1990er Jahre resultiert. Der Abtreibungskompromiss wird heute zunehmend als ein Element des alten Konsenses wahrgenommen, an dem die katholische Kirche und ein großer Teil der früheren Oppositionskreise beteiligt waren. Während der »schwarzen Proteste« organisierte eine Gruppe von Warschauer Feministinnen eine Bischofskonferenz der Polinnen – ein Happening, das vor Kirchen stattfand und auf die Diskriminierung von Frauen in kirchlichen Einrichtungen und die Tatsache aufmerksam machte, dass es Männer sind, die mit Männern Frauenrechte verhandeln.

Für Katholikinnen und Katholiken ist die Stimme der Kirche in Fragen des Glaubens und der Moral wichtig, besonders wenn es die Stimme des Papstes ist, der *ex cathedra* spricht. Allerdings ist auch im Bereich des religiösen Glaubens das individuelle Gewissen die letzte Instanz, der ein Mensch folgen muss. Die Erfahrung zeigt, dass die Lehre der Kirche unzureichend sein kann, und aus ihrer Geschichte sind Fälle bekannt, in denen Personen rehabilitiert wurden, die zuvor mit den Entscheidungen des kirchlichen Lehramtes in Konflikt geraten waren. Ich halte die Praxis, dass der Staat sich nach den Entscheidungen der römisch-katholischen Kirche richtet und auf deren Grundlage Gesetze erlässt, für falsch und schädlich für das bürgerliche Leben. Natürlich möchte ich weder Bischöfen noch anderen Geistlichen das Recht absprechen, sich an der öffentlichen Debatte zu beteiligen, auch nicht, in einer besonderen und privilegierten Rolle aufzutreten, wie sie verschiedenen Autoritäten (sei es im Bereich der Wissenschaft, der Philosophie oder der Moral) zugesprochen wird. Vielmehr geht es mir darum, den Irrglauben zu korrigieren, ihre Stimme sei automatisch wichtiger als die Stimme von Menschen mit einer anderen moralischen Sensibilität. Zweifellos werden die sich verändernde Rolle der Kirche in Polen und die Krise ihrer Autorität Auswirkungen haben für die künftige Entwicklung der Abtreibungsdebatte.

Dritte Etappe. Das Jahr 2018 – Sexualdelikte von Geistlichen und das Schweigekartell

Auf dem Cover des kürzlich erschienenen Buches »Gott und die polnische Frage« (*Bóg a sprawa polska*) von Mirosława Grabowska, einer der bekanntesten polnischen Soziologinnen und Kirchenwissenschaftlerinnen, prangt ein charakteristisches Foto. Es zeigt Arbeiter in der Danziger Werft während des Streiks im August 1980. Die überwiegende Menge der Arbeiter kniet um ein freies

Rechteck in der Mitte, in dem ein Tisch steht, der mit einem weißen Tischtuch bedeckt ist, daneben ein Priester, der einem der Arbeiter die Beichte abnimmt. Dieses Foto veranschaulicht perfekt den polnischen Volksglauben im gesellschaftlichen und politischen Kontext.

Obwohl im Editorial des Buches nicht verraten wird, wer der Beichtvater ist, ist diese Person in Polen zu bekannt, um anonym zu bleiben. Es geht um den Prälaten Henryk Jankowski, einst ein legendärer Priester der *Solidarność*, heute jemand, der posthum pädophiler Handlungen beschuldigt wird.

Das heute nicht mehr existierende Denkmal für Pater Henryk Jankowski wurde auf Initiative eines Komitees errichtet, dem viele ehemalige Aktivisten der legendären *Solidarność* angehörten. Am 31. August 2012, dem Jahrestag der Unterzeichnung der Augustabkommen von 1980, die einen großen Sieg für die demokratische Opposition darstellten, weihte Erzbischof Sławoj Leszek Głódź, der Metropolit von Danzig (Gdańsk), das Denkmal ein. Die Veranstaltung war pompös, was perfekt zum luxuriösen Lebensstil des Erzbischofs passte. Es nahmen Vertreter:innen der staatlichen Behörden, der Stadtverwaltung und der Geistlichkeit an der Veranstaltung teil. Auch der Platz, auf dem man das Denkmal errichtete, wurde nach Pater Henryk Jankowski benannt.

Im Dezember 2018 veröffentlichte *Duży Format*, eine Wochenbeilage der Tageszeitung *Gazeta Wyborcza*, eine Reportage mit dem Titel »Das Geheimnis der Heiligen Birgitta. Warum ließ die Kirche zu, dass Pater Jankowski jahrelang Kinder missbrauchte?« (*Sekret Świętej Brygidy. Dlaczego Kościół przez lata pozwalał księdzu Jankowskiemu wykorzystywać dzieci?*) von der inzwischen verstorbenen, sehr geschätzten Journalistin Bożena Aksamić. Nach der Veröffentlichung forderten viele bekannte Persönlichkeiten die Entfernung des Danziger Denkmals aus dem öffentlichen Raum. Kurz darauf, im Februar 2019, wurde das Denkmal gegen drei Uhr morgens von drei Männern umgestürzt. Die Aktion wurde von dem Journalisten Tomasz Sekielski dokumentiert, der durch zwei Filme bekannt wurde, in denen er den sexuellen Missbrauch durch Geistliche und das Schweigekartell ihrer Vorgesetzten aufdeckte. Sie legten ein Messdienergewand und Kinderunterwäsche auf die vom Sockel gelöste Statue. Dann warteten die Männer, die von den Medien als »Täter zivilen Ungehorsams« bezeichnet wurden, auf das Eintreffen der Polizei. Obwohl die gesamte Aktion darauf abzielte, die Statue zu entfernen und nicht zu zerstören (sie blieb unbeschädigt), werden die Männer bis zum heutigen Tag strafrechtlich verfolgt.

Der »Denkmalsturz« begann jedoch schon früher

Anfang des Jahres 2018 lockte der Spielfilm »Klerus« (*Kler*) des renommierten polnischen Regisseurs Wojciech

Smarzowski zur Premiere fünf Millionen Zuschauer in die Kinos. Der Film erzählt das Leben dreier katholischer Priester, Kollegen aus dem Priesterseminar. Pater Lisowski ist Angestellter der Kurie in einer großen Stadt. Er träumt davon, in den Vatikan zu ziehen, wird aber von Erzbischof Mordowicz daran gehindert, der seinen politischen Einfluss nutzt, um das größte Gotteshaus Polens zu bauen. Pater Trybus ist ein Dorfpfarrer, der mit dem Alkohol und einer zunehmend komplizierten Beziehung zu einer Frau zu kämpfen hat. Schließlich, und das ist vielleicht der wichtigste Punkt, verliert Pater Kukuła unter dem Eindruck der Ereignisse in seiner Gemeinde das Vertrauen der Gläubigen. Nebenbei geht es um die Sünden der Kirche, vor allem um Pädophilie und das Decken der Täter. Die im Film präsentierten Fragmente von Zeugenaussagen pädophiler Priester stammen aus dem 2013 erschienenen Buch des Journalisten Ekke Overbeek (Overbeek, Ekke: Fürchtet euch. Jetzt sprechen die Pädophilie-Opfer in der polnischen Kirche (*Lękajcie się. Ofiary pedofilii w polskim Kościele mówią*), Warszawa 2013).

Im Mai 2019 hatte der Dokumentarfilm »Erzähl es bloß niemandem« (*Tylko nie mów nikomu*) der Brüder Tomasz und Marek Sekielski auf *youtube* Premiere und wurde von über 20 Millionen Internetnutzer:innen gesehen. Zwei Jahre später wurde ein zweiter Teil des insgesamt als Trilogie geplanten Filmprojekts uraufgeführt – »Versteckspiel« (*Zabawa w chowanego*) [Beide Filme sind mit deutschen Untertiteln verfügbar: <https://www.youtube.com/watch?v=BrUvQ3W3nV4> und <https://www.youtube.com/watch?v=T0ym5kPf3Vc> (21.11.2021) (Anm. d. Red.)]. Daraufhin kam es zu einem massiven Erdbeben.

Die Brüder Sekielski deckten auf, dass die Diözese Kalisz nach Bekanntwerden eines von einem Priester begangenen Sexualdelikts 15 Jahre lang keine kirchenrechtliche Untersuchung gegen den Geistlichen einleitete, der wegen Missbrauchs und Belästigung von achtjährigen Kindern rechtskräftig verurteilt worden war. Der Film zeigt, wie Bischof Edward Janiak die Eltern eines jungen Mannes behandelte, der in seiner Kindheit von einem Priester dieser Diözese sexuell missbraucht worden war.

Unmittelbar nach der Ausstrahlung des Films übermittelte der Primas von Polen dem Vatikan über die Apostolische Nuntiatur die Mitteilung, der Bischof von Kalisz könne eine Handlung begangen haben, die im Apostolischen Schreiben von Papst Franziskus *Vos estis lux mundi* beschrieben wird als »Handlungen oder Unterlassungen, die darauf abzielen, zivile oder kirchenrechtliche Untersuchungen zu stören oder zu vermeiden«. In diesem Fall geht es darum, dass mindestens zwei Jahre lang versäumt wurde, ein kirchenrechtliches Verfahren einzuleiten, obwohl zuverlässige Informationen über den sexuellen Missbrauch eines Minderjährigen vorlagen.

Auch Priester aus Kalisz revoltierten. Wenige Tage nach der Premiere des Films weigerte sich der Priester-

rat der Diözese Kalisz, ein Unterstützungsschreiben für Bischof Janiak zu unterzeichnen, dem die Deckung und Vertuschung von Pädophilie vorgeworfen wurde. Nach einer hitzigen Diskussion einigte sich der Priesterrat – anstelle des langen, dreiseitigen Unterstützungsbriefts – auf ein anderes Schreiben. Dabei handelt es sich um einen kurzen Brief an Papst Franziskus mit der Bitte um Klärung der Vorwürfe gegen den Bischof und der Zusicherung, dass man für die Situation in der Diözese beten würde.

Dies ist in der polnischen Kirche eine noch nie dagewesene Situation. In der Vergangenheit konnten Bischöfe, die des Missbrauchs oder bestimmter Versäumnisse beschuldigt wurden – wie Erzbischof Paetz oder Erzbischof Głódź –, erfolgreich die Unterstützung des Klerus für sich organisieren. Für sie war es damals nicht wichtig, ob diese Unterstützung echt oder erzwungen war. Was zählte, war das dem Vatikan vorgelegte Dokument mit den Unterschriften, nicht die tatsächlichen Meinungen der Priester.

Bald stellte sich heraus, dass Bischof Edward Janiak, der mutmaßlich Sexualstraftäter gedeckt hatte, in einem von Priestern dem damaligen Nuntius Erzbischof Józef Kowalczyk übergebenen Brief selbst beschuldigt wurde, sich unangemessen gegenüber Klerikern verhalten zu haben, als er noch Weihbischof in Breslau (Wrocław) war. Der Nuntius hatte diesen Brief jedoch, wie herauskam, nie an den Vatikan weitergeleitet.

Kurz nach den Ereignissen in Kalisz wurde eine kirchenrechtliche Untersuchung über die Versäumnisse von Erzbischof Sławoj Leszek Głódź eingeleitet, und dem Breslauer Kardinal Henryk Gulbinowicz wurden – nach einer Untersuchung durch den Heiligen Stuhl – das Recht auf die bischöflichen Insignien sowie auf Trauerfeier und Begräbnis in der Kathedrale entzogen. Zur selben Zeit, als der Vatikan seinen Bericht über den ehemaligen Erzbischof von Washington, Theodore McCarrick – den ersten Kardinal der katholischen Kirche, der wegen im Priesteramt begangener sexueller Übergriffe sein Amt verlor –, veröffentlichte, wurde in Polen die Reportage *Don Stanisław* gezeigt. Hauptfigur war Kardinal Stanisław Dziwisz, langjähriger Sekretär Johannes Pauls II. und nach dessen Tod Erzbischof von Krakau (Kraków). Die Ausstrahlung des Films löste in Polen eine Lawine von Fragen aus über die Beteiligung des Kardinals an der Vertuschung von Sexualdelikten während seiner Tätigkeit für den polnischen Papst und über Versäumnisse in der Erzdiözese.

Viele Jahrzehnte lang herrschte in der polnischen Kirche ein Kartell des Schweigens. An den Vatikan übermittelte Informationen wurden blockiert. Personen, von deren Straftaten man wusste, wurden von Ort zu Ort versetzt, oft sogar befördert. Und wenn im Vatikan selbst etwas nicht mehr verborgen werden konnte, wurden die

Täter – wie im Fall Paetz – nach Polen überstellt. Diese schufen dann vor Ort neue Strukturen, die Übergriffe begünstigten. Und dieses Kartell bestand jahrelang.

Im Fall von Kardinal Gulbinowicz lassen sich erste Informationen über dessen ungebührliches Verhalten in den Unterlagen des kommunistischen Geheimdienstes finden. Vieles deutet aber darauf hin, dass auch einige Vertreter der Kirche davon wussten, zumindest diejenigen, die dem Kardinal in seiner Zeit als Dozent und Rektor (1968–1970) des Priesterseminars in Allenstein (Olsztyn) nahestanden. Aus dieser Zeit stammt auch seine Freundschaft mit dem damaligen Seminaristen und späteren Apostolischen Nuntius in Polen Józef Kowalczyk, der die Aktionen derjenigen blockierte, die den Fall von Erzbischof Paetz publik machen wollten. Ähnlich handelte der Nuntius im Fall von Bischof Janiak.

Ein paar Jahre später wurde der junge Priester Sławoj Leszek Głódź persönlicher Sekretär des damaligen Erzbischofs Gulbinowicz in Białystok. Schon in Breslau waren die engsten Mitarbeiter des Kardinals der verurteilte spätere Bischof Jan Tyrawa (einer der unrühmlichen Protagonisten des Films der Brüder Sekielski, der einen pädophilen Priester von Breslau nach Bydgoszcz holte und diesen in einer Schule arbeiten ließ) sowie der bereits erwähnte Bischof Janiak. Kardinal Gulbinowicz führte mehrere Jahrzehnte lang, von 1976 bis 2004, die Erzdiözese Breslau. Er war eine allseits geachtete Persönlichkeit und eine wichtige Figur der demokratischen Opposition in der Zeit der Volksrepublik Polen.

Eine identische Konstellation herrschte in der Erzdiözese Posen (Poznań) unter Erzbischof Juliusz Paetz. Vieles deutet darauf hin, dass dies auch auf die Diözese Łomża zutrifft, als der spätere Metropolit von Posen Stanisław Gądecki dort Bischof war. Die Günstlinge des Erzbischofs wurden zum Studium nach Rom geschickt, bekamen bessere Pfarreien und hatten bessere Aufstiegschancen. Als die Sache ans Licht kam, sammelten die Weihbischöfe, darunter auch Erzbischof Marek Jędraszewski, gegenwärtig Metropolit von Krakau, aktiv Unterschriften unter Unterstützungsschreiben für Paetz. Heute schweigt Erzbischof Jędraszewski über seinen Vorgänger Kardinal Dziwisz.

Man kann jedoch noch weiter zurückgehen, bis ins Jahr 2001. Damals erfuhr die polnische Öffentlichkeit von dem Priester Michał Moskwa, einem Pfarrer aus Tylawa, der beschuldigt wurde, Mädchen aus seiner Gemeinde belästigt zu haben. Die Staatsanwaltschaft in Krosno unter Leitung von Stanisław Piotrowicz, später Mitglied der *PiS* und heute Richter am Verfassungsgericht, stellte den Fall mit der Begründung ein, es sei keine Straftat begangen worden. Erst nach Presseberichten ordnete die Staatsanwaltschaft eine zweite Untersuchung an, diesmal durch die Staatsanwaltschaft in Jasło. 2004

kam es schließlich zu einer Verurteilung. Der damalige Erzbischof von Przemyśl, Józef Michalik, erlaubte dem Priester jedoch, noch ein Jahr in derselben Gemeinde weiterzuarbeiten. Nach diesen aufsehenerregenden Vorkommnissen dauerte es mehr als ein Jahrzehnt, bis der polnische Episkopat erste Leitlinien dafür aufstellte, wie beim Verdacht auf sexuellen Missbrauch zu verfahren sei und wie dieser verhindert werden könne. Zuvor hatten die Bischöfe argumentiert, das Problem des Missbrauchs in Polen sei nicht so gravierend wie im Westen, und die aufgedeckten Fälle zielten in erster Linie darauf ab, den guten Ruf der Kirche zu schädigen.

Obwohl der Episkopat die Leitlinien 2012 verabschiedete, zeigen die polnischen Erfahrungen, dass das Kirchenrecht so lange stumpf bleibt, bis der Druck der Medien so stark wird, dass man es nicht mehr bei PR-Reaktionen belassen kann. Einer der größten Erfolge im Kampf gegen den sexuellen Missbrauch durch Geistliche ist daher, dass dieses Problem endlich von Priestern und katholischen Laien, die nicht mit liberalen oder linken Ansichten assoziiert werden, wahrgenommen und erkannt wurde.

Nicht in unserem Namen

Im Jahr 2020 riefen aus der Kirche Ausgetretene eine Online-Plattform ins Leben, auf der Menschen, die den Kirchenaustritt beschlossen haben, ihre Entscheidung öffentlich machen. Nach vollzogenem Austritt kann jeder auf diesem »Apostasie-Zähler« seine persönlichen Daten eintragen. Seit Bestehen des Zählers haben fast 3.000 Personen erklärt, dass sie aus der Kirche ausgetreten sind.

Viele Menschen, die die Kirche verlassen haben, teilen in den sozialen Medien die Gründe für ihre Entscheidung mit. Ihre Aussagen markieren sie oft mit dem Hashtag »Ich trete auch aus« (*#teżodchodzę*). Meist wird ein Austritt begründet mit den Angriffen der katholischen Kirche auf Frauen und LGBT+-Personen, der Straffreiheit von Kriminellen in Soutanen, mit geistlichen Führern, die kirchliche Pädophilie decken, dem Strom öffentlicher Gelder auf Kirchenkonten und den unethischen Verstrickungen zwischen der Staatsmacht und den Bischöfen.

Den Trend zum Austritt bestätigen auch kirchliche Daten. Erhebungen von Kirchenämtern der Erzdiözese Warschau (Warszawa) zeigen beispielsweise, dass in ihren Pfarreien von Anfang Januar bis Ende November 2020 445 Kirchenaustritte registriert wurden. Im gesamten Jahr 2019 waren es 220. In der Diözese Warschau-Praga traten im selben Jahr 132 Menschen aus der Kirche aus. Im Vergleich dazu betrugen die Zahlen 85 für das Jahr 2019, 39 für 2018 und 48 für 2017.

Obwohl die Kirche als Institution dank ihrer engen Verbindung zur polnischen Regierungspartei nach wie vor stark ist und zahlreiche Privilegien genießt (Steuer-

befreiungen, Religionsunterricht in der Schule, Einfluss auf die Gestaltung von Gesetzen, wie z. B. die jüngsten Änderungen des Abtreibungsgesetzes, die zu einem fast vollständigen Verbot der Abtreibung in Polen führen), hat das Vertrauen der Öffentlichkeit in den Klerus in den letzten Jahren stark abgenommen. Dennoch sehen die Bischöfe ihr Heil in der Stärkung des Bündnisses zwischen Thron und Altar, auch wenn allein in den letzten zehn Jahren die Anzahl der polnischen Katholik:innen, die die Sonntagsmesse besuchen, um zweieinhalb Millionen Menschen zurückgegangen ist. In einem Land, das nur halb so viele Einwohner:innen hat wie Deutschland, bedeutet ein solcher Rückgang den Beginn einer Abwärtsspirale. Die Kirche hat bereits mit einer massiven Krise bei Berufungen von Priestern zu kämpfen, deren Zahl sich in den letzten zwei Jahrzehnten um 60 Prozent vermindert hat. Obwohl sich über 90 Prozent der Polinnen und Polen immer noch als gläubig bezeichnen, besuchten vor der Pandemie (2019) nur knapp 37 Prozent von ihnen die Sonntagsmesse. Auch die Anzahl derjenigen, die Zustimmung zur Lehre der Kirche im Bereich der Sexualethik äußern, geht zurück.

Besonders stark sind die Veränderungen bei jungen Menschen, deren Religionsausübung in den letzten 30 Jahren um die Hälfte zurückgegangen ist. Von den Studierenden betrachten sich derzeit nur 30 Prozent als praktizierende Gläubige. 50 Prozent von ihnen geben sogar an, dass die Kirche für sie keine Autorität ist. Auch in den anderen gesellschaftlichen Gruppen nehmen positive Meinungen über die Kirche spürbar ab. Während sich jahrelang etwa 55–60 Prozent der Befragten positiv über die Kirche äußerten, taten dies im Dezember 2020 nur noch etwa 40 Prozent. Diese Angaben finden sich im jüngsten Bericht der Katholischen Presseagentur, »Kirche in Polen« (*Kościół w Polsce*), von 2021 (siehe Dokumentation auf Seite 9).

Wir wissen mehr über den polnischen Katholizismus vor der Corona-Pandemie. In welcher Realität wir heute leben, ist schwieriger auszumachen. Der polni-

sche Katholizismus war traditionell massentauglich und konzentrierte sich auf öffentliche Formen des religiösen Kults. Die Religiosität war stark zentralisiert und hierarchisch, außerdem waren das Katholische und das Polnisch-Nationale stark miteinander verflochten. Die Corona-Pandemie hat die gesellschaftlichen Gepflogenheiten auch in religiöser Hinsicht dramatisch verändert. Doch nicht nur dadurch hat sich in den letzten zwei Jahren der Status der Institution Kirche verändert. Erheblichen Anteil haben auch die ungesühnten Sünden der Kirche, die von den Amtsträgern beharrlich unter den Teppich gekehrt werden: sexueller Missbrauch, Machtmissbrauch durch Bischöfe und Kirchenoberen (Mobbing), der obszöne Reichtum und verschwenderische Lebensstil mancher Kirchenführer, das Verschweigen von Sexualstraftaten sowie die Verschärfung des Abtreibungsgesetzes.

Die Zukunft der polnischen Kirche liegt mit Sicherheit bei den Laien, die sich zunehmend dazu entschließen, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen. Eine dieser Initiativen ist der Kongress der Katholikinnen und Katholiken. Das ist eine Gruppe von Laien und Geistlichen, die in mehreren thematischen Sektionen zusammenarbeiten und sich bemühen, gemeinsam Lösungen für die Kirche in Polen zu finden. Besonders Raum nimmt das Problem der Macht ein, besser gesagt, der Dominanz der Macht, wie sie in der Kirche von den Klerikern ausgeübt wird – eine für die Kirche schädliche Vorherrschaft der Kirchenführer gegenüber der geringen Durchschlagskraft von Millionen Laien, die aufgrund des universalen Priestertums der Gläubigen das Recht haben, über Gegenwart und Zukunft der Kirche mitzuentcheiden. An der Arbeit des Kongresses kann sich jeder beteiligen, der die Freiheit des anderen respektiert und anerkennt, dass die Gebote der Liebe ausnahmslos für alle Menschen gelten. Das lässt mit Hoffnung in die Zukunft blicken.

Übersetzung aus dem Polnischen: Uli Heiße

Dieser Text ist im Herbst 2021 entstanden und erscheint in »Jahrbuch Polen 2022: Widersprüche«, herausgegeben vom Deutschen Polen-Institut, Wiesbaden: Harrassowitz Verlag 2022. Das Jahrbuch kann bestellt werden unter der E-Mail-Adresse verlag@harrassowitz.de (s. auch Lesehinweis auf S. 20).

Über die Autorin

Dominika Kozłowska ist Publizistin und Essayistin sowie Chefredakteurin der katholischen Monatszeitschrift *Znak*. Ihre Interessengebiete sind Themen gesellschaftlicher Veränderung, etwa in den Bereichen Religiosität und den Beziehungen zwischen Staat und Kirche, Multikulturalität und Probleme von Minderheiten.

Lesetipp: Bericht der Katholischen Informationsagentur über die katholische Kirche in Polen (2021)

Der aktuelle *Bericht (2021) der Katholischen Informationsagentur über die katholische Kirche in Polen* befasst sich mit dem religiösen Leben der Polinnen und Polen, dem seelsorgerlichen und gesellschaftlichen Handeln der Kirche in Polen und ihrer Orden sowie dem ökumenischen Dialog. Weiter widmet sich der Bericht kirchlichen Tätigkeiten während der Corona-Pandemie sowie dem sexuellen Missbrauch Minderjähriger im Rahmen der Kirche.

Katolicka Agencja Informacyjna: Kościół w Polsce. Raport, Warszawa 2021.

Link zum Bericht in polnischer Sprache: https://www.ekai.pl/wp-content/uploads/2021/04/KAI_Raport_Kosciol-_w_Polsce_2021_2.pdf

Konferenz des Episkopats: Erklärung des Migrations-, Tourismus- und Pilgerrates zu in Polen eintreffenden Geflüchteten

Warschau, 22. August 2021

[...] Im Bewusstsein der Katholiken muss die Lehre zum Vorschein kommen, welche seit der Entstehung der Kirche Bestand hat, dass die Aufgabe eines Christen ist, Christus in seiner Ankunft zu erkennen und aufzunehmen. Entfachen wir in uns die Vorstellung von Barmherzigkeit, die es uns erlaubt, denen zu helfen, die Hilfe benötigen, während wir so die Aufgabe des barmherzigen Samariters annehmen. Wir bitten die Menschen guten Willens – unabhängig von ihrer Religion – um Solidarität mit Kriegsflüchtlingen, Verfolgten oder Notleidenden, die zu uns kommen. Wir appellieren an alle, während wir die Worte von Papst Franziskus wiederholen: Es geht nicht nur um die Migranten. Es geht um unsere Menschlichkeit (Botschaft zum Welttag des Migranten und Flüchtlings, 2019).

4. In einer angespannten Situation ruht eine besondere Verantwortung auf Politikern und Medien. Wir bitten die Vertreter aller politischen Kräfte darum, dass sie gemeinsam Lösungen für die komplizierten Migrationsprobleme suchen und sich vor allem an die Haltung von Gastfreundschaft, Respekt vor den Ankömmlingen und Gemeinwohl aller Polen halten. Die verständliche Sorge um die eigenen Bürger kann keine ausreichend zu begründende Voraussetzung dafür sein, dass Grenzen für Schutzsuchende geschlossen werden. [...]

Unsere Vorfahren waren in der Zeit der polnischen Teilungen, im Zweiten Weltkrieg und in den Jahren des Kommunismus Emigranten und Flüchtlinge. Sie erfuhren Hilfe von Menschen anderer Kulturen und Religionen. Neuankommelingen Grundrechte abzuspochen, bedeutet, sich von der eigenen Geschichte abzuwenden und im Widerspruch zu unserem christlichen Erbe zu stehen.

Der Rat der Konferenz des polnischen Episkopats zu Migration, Tourismus und Pilgern
Bischof Krzysztof Zadarko, Vorsitzender

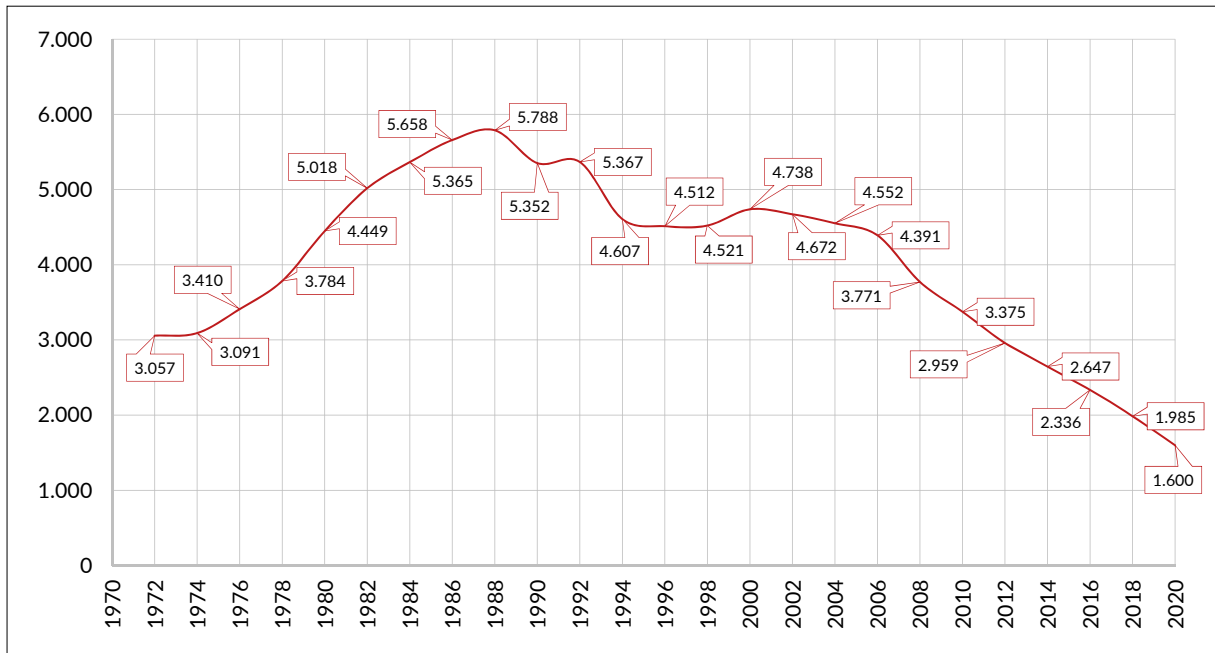
Übersetzung aus dem Polnischen: David Swierzy

Quelle: *Komunikat Rady Konferencji Episkopatu Polski ds. Migracji, Turystyki i Pielgrzymek ws. uchodźców docierających do Polski [Erklärung des Rates der Konferenz des polnischen Episkopats zu Migration, Tourismus und Pilgern in der Sache nach Polen eintreffender Geflüchteter]*. In: *EKAI.PL*, <https://www.ekai.pl/dokumenty/komunikat-rady-konferencji-episkopatu-polski-ds-migracji-turystyki-i-pielgrzymek-ws-uchodzcow-docierajacych-do-polski/> (abgerufen am 20.01.2022).

STATISTIK

Anzahl der Priesteranwärter in Polen

Grafik 1: Anzahl der Priesteranwärter* (1972–2020)



*unterstehen den Diözesanbischöfen

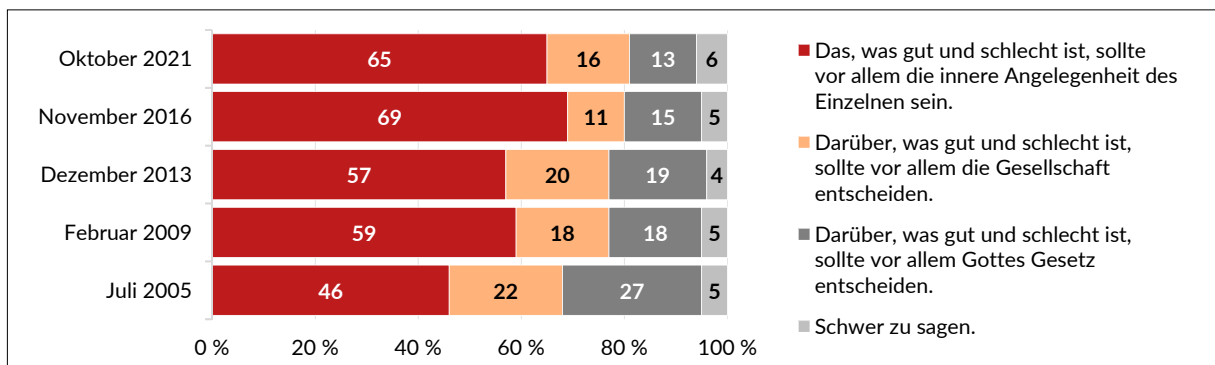
Zusammenstellung: David Swierzy

Quellen: https://ciekaweliczby.pl/alumni_diecezjalni/#more-3793, https://www.iskk.pl/images/stories/Instytut/dokumenty/Annuario_Statisticum_2020_07.01.pdf, <https://stat.gov.pl/obszary-tematyczne/roczniki-statystyczne/roczniki-statystyczne/kosciol-katolicki-w-polsce-1991-2011,12,1.html>, http://statlibr.stat.gov.pl/F?func=full-set-set&set_number=001308&set_entry=000001&format=999, <https://dziennikzachodni.pl/coraz-mniej-wiernych-w-kosciolach-na-slasku-i-uczniow-na-lekcja-religii-zycie-sakramentalne-w-wojewodztwie-slaskim-w-2020-roku/ar/c1-15948591>

UMFRAGE

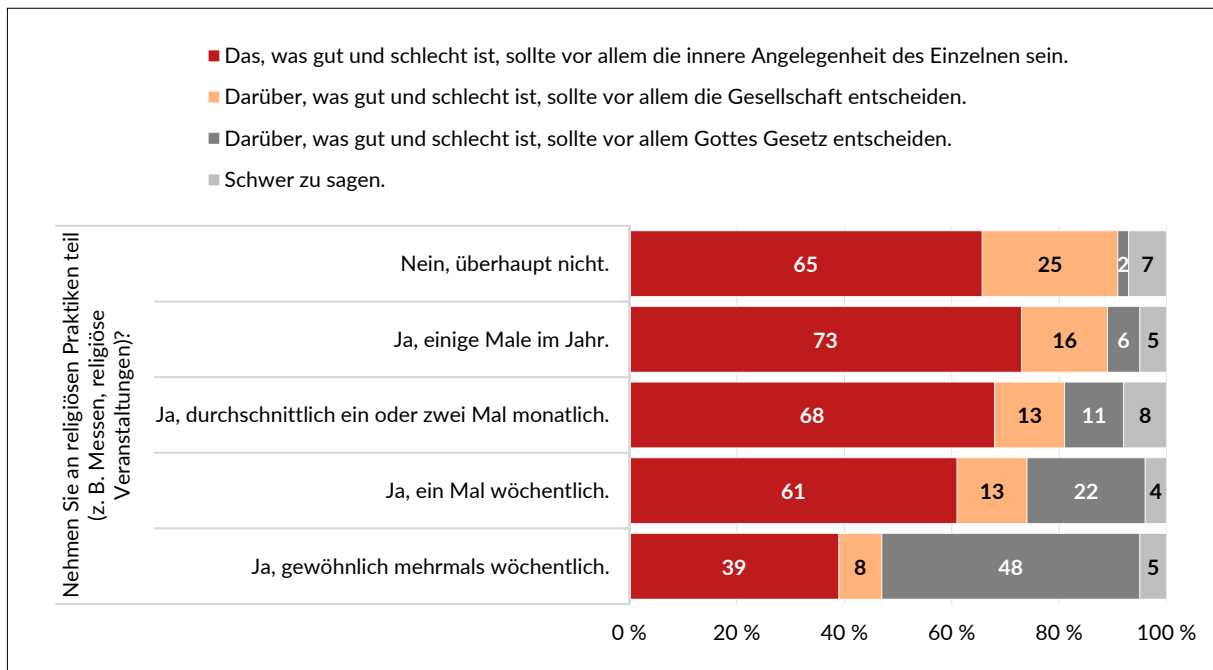
Einstellungen zur katholischen Kirche

Grafik 1: Welche Aussage kommt Ihrer Meinung am nächsten? (%)



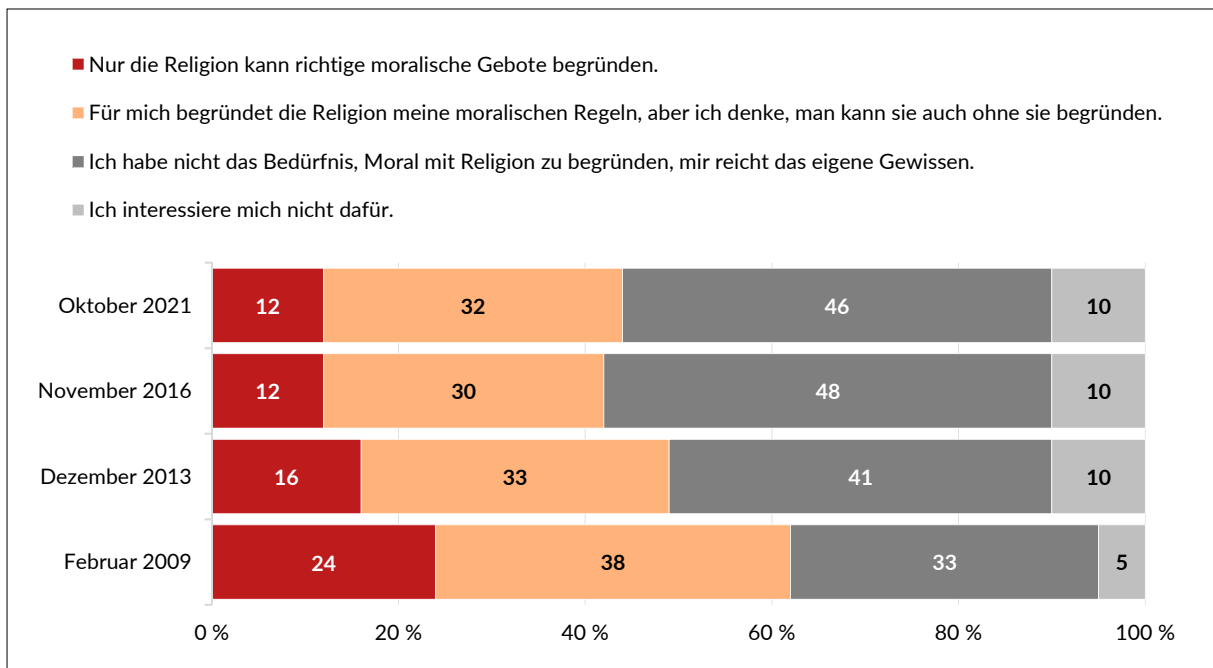
Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 1/2022: Źródła zasad moralnych [Die Herkunft moralischer Grundsätze], Warszawa 01/2022. www.cbos.pl

Grafik 2: Welche Aussage kommt Ihrer Meinung am nächsten? (%)



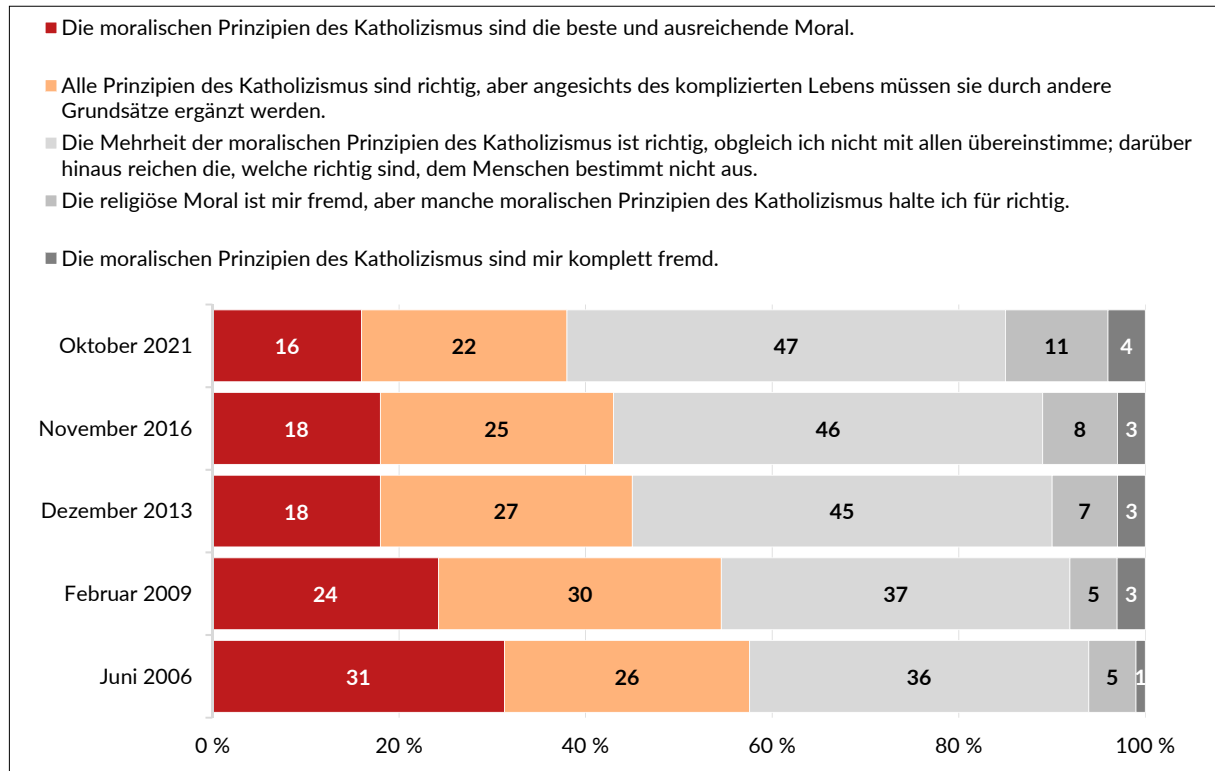
Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 1/2022: Źródła zasad moralnych [Die Herkunft moralischer Grundsätze]. Warszawa 01/2022. www.cbos.pl

Grafik 3: Zum Thema der wechselseitigen Beziehung zwischen Religion und Moral trifft man auf viele verschiedene Ansichten. Welche Aussage kommt Ihrer Meinung am nächsten? (%)



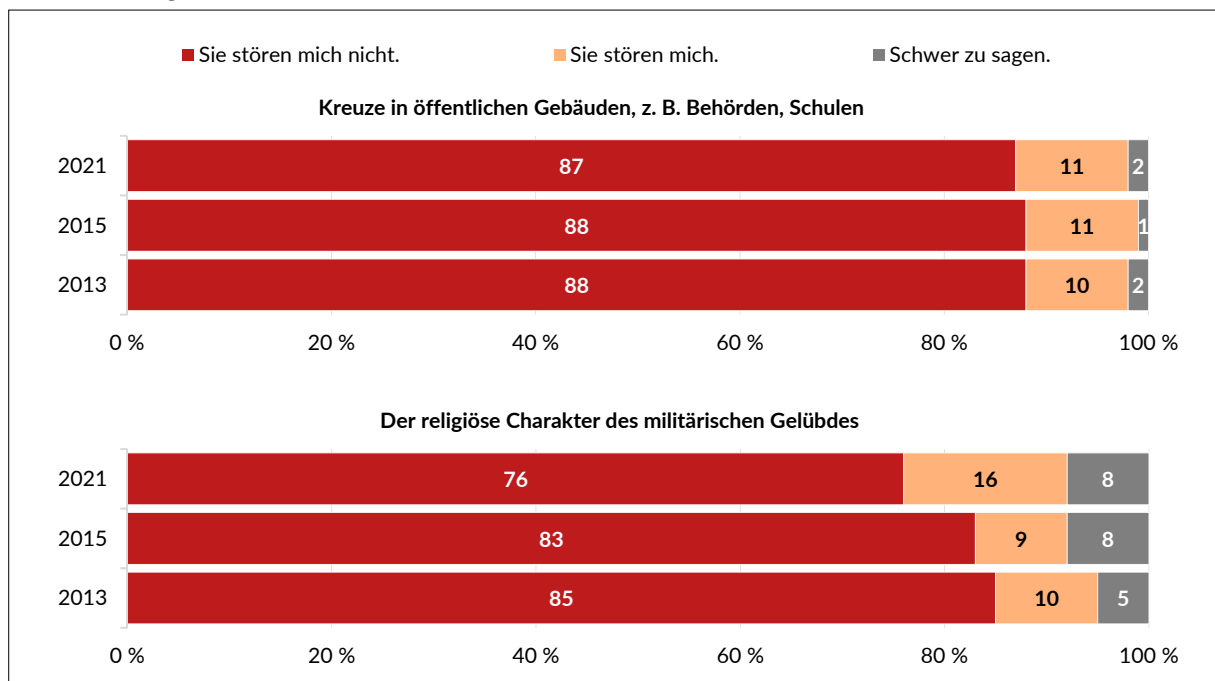
Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 1/2022: Źródła zasad moralnych [Die Herkunft moralischer Grundsätze]. Warszawa 01/2022. www.cbos.pl

Grafik 4: Wie ist Ihre Einstellung zu den Grundsätzen der katholischen Religion? Nennen Sie die Aussage, die Ihrer Meinung am nächsten kommt (%)



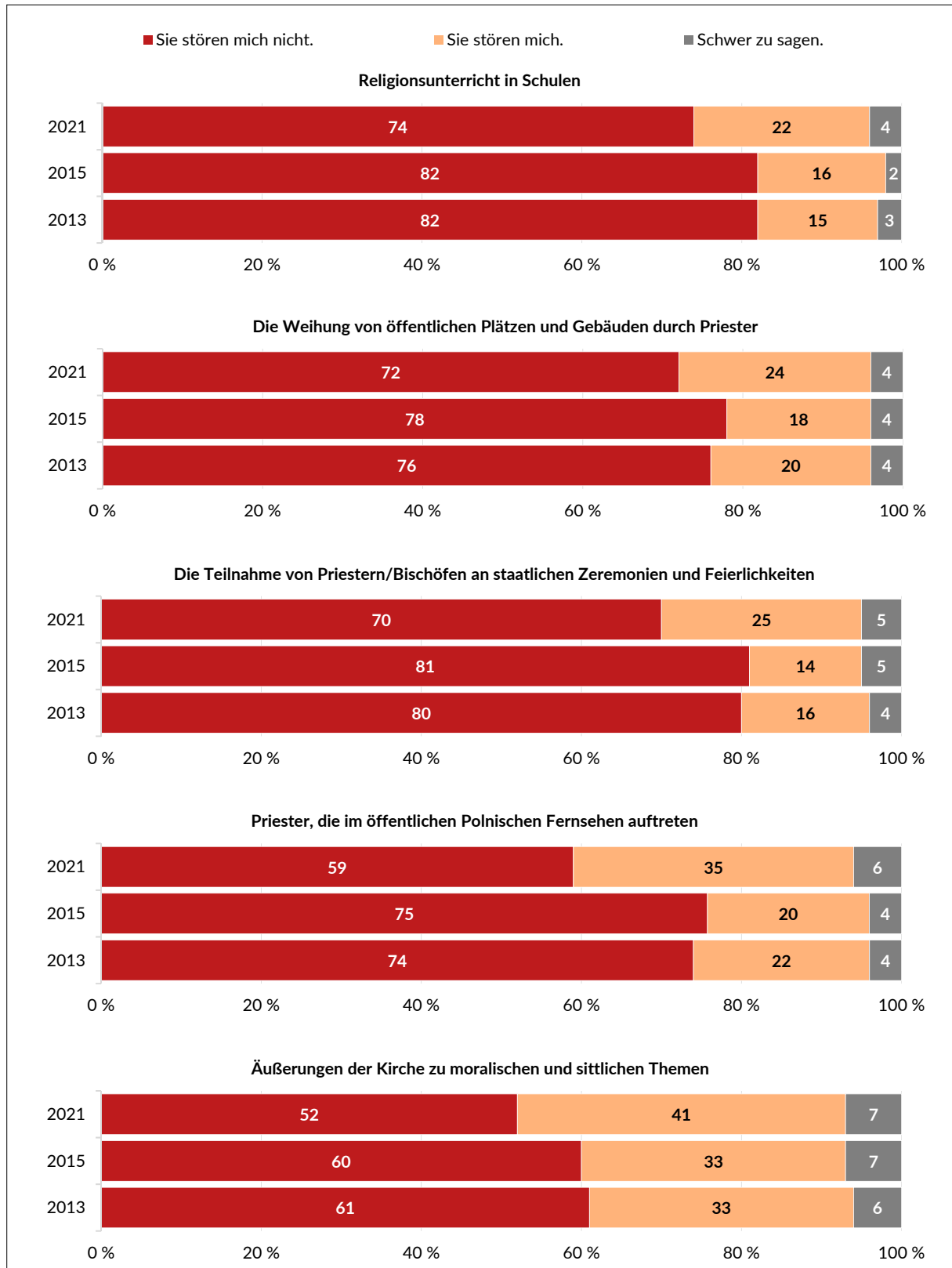
Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 1/2022: Źródła zasad moralnych [Die Herkunft moralischer Grundsätze]. Warszawa 01/2022. www.cbos.pl

Grafik 5a: In Polen wird viel über den Platz der Religion im öffentlichen Leben gesprochen. Stören Sie die folgenden Situationen? (%)



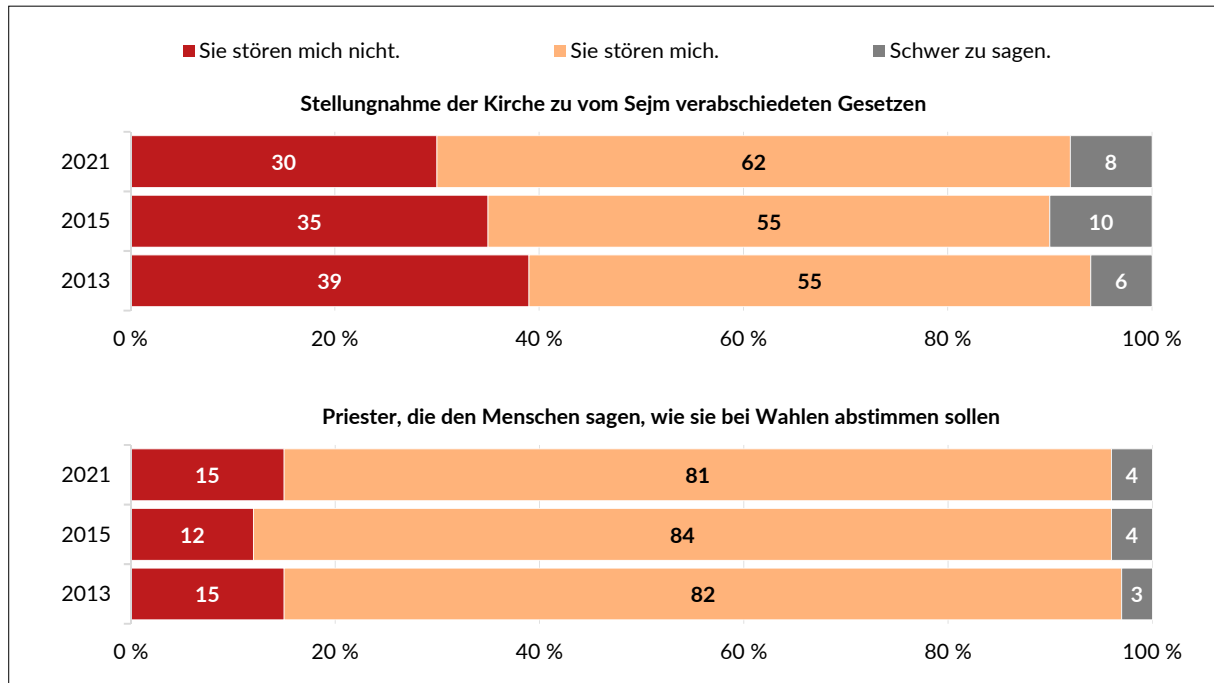
Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 3/2022: Postawy wobec obecności religii i Kościoła w przestrzeni publicznej [Haltungen gegenüber der Präsenz von Religion und Kirche im öffentlichen Raum]. Warszawa 01/2022. www.cbos.pl

Grafik 5b: In Polen wird viel über den Platz der Religion im öffentlichen Leben gesprochen. Stören Sie die folgenden Situationen? (%)



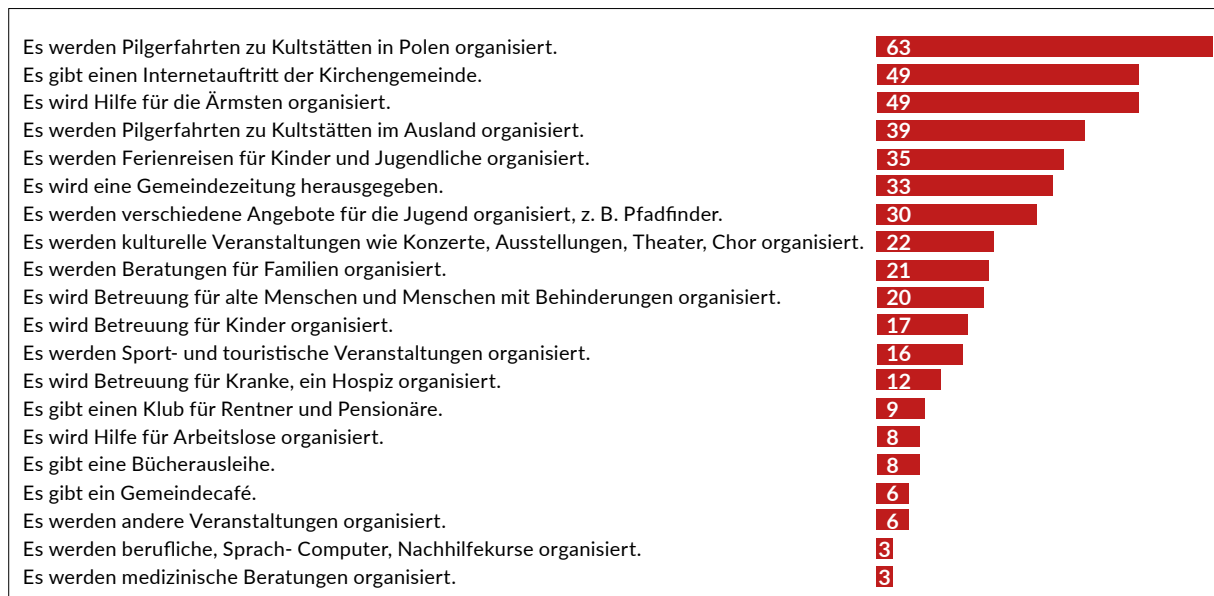
Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 3/2022: Postawy wobec obecności religii i Kościoła w przestrzeni publicznej [Haltungen gegenüber der Präsenz von Religion und Kirche im öffentlichen Raum]. Warszawa 01/2022. www.cbos.pl

Grafik 5c: In Polen wird viel über den Platz der Religion im öffentlichen Leben gesprochen. Stören Sie die folgenden Situationen? (%)



Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 3/2022: Postawy wobec obecności religii i Kościoła w przestrzeni publicznej [Haltungen gegenüber der Präsenz von Religion und Kirche im öffentlichen Raum]. Warszawa 01/2022. www.cbos.pl

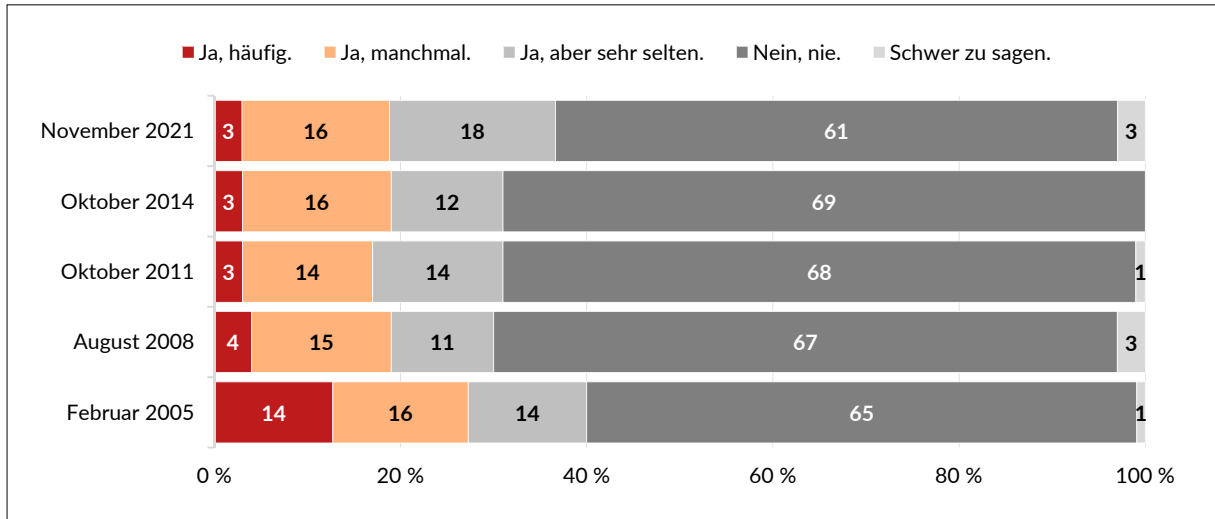
Grafik 6: Bitte wählen Sie alle Aktivitäten aus, von denen Sie wissen, dass sie in der Kirchengemeinde in Ihrem Quartier/Dorf organisiert werden (%)



Die Befragten konnten mehrere Antworten geben.

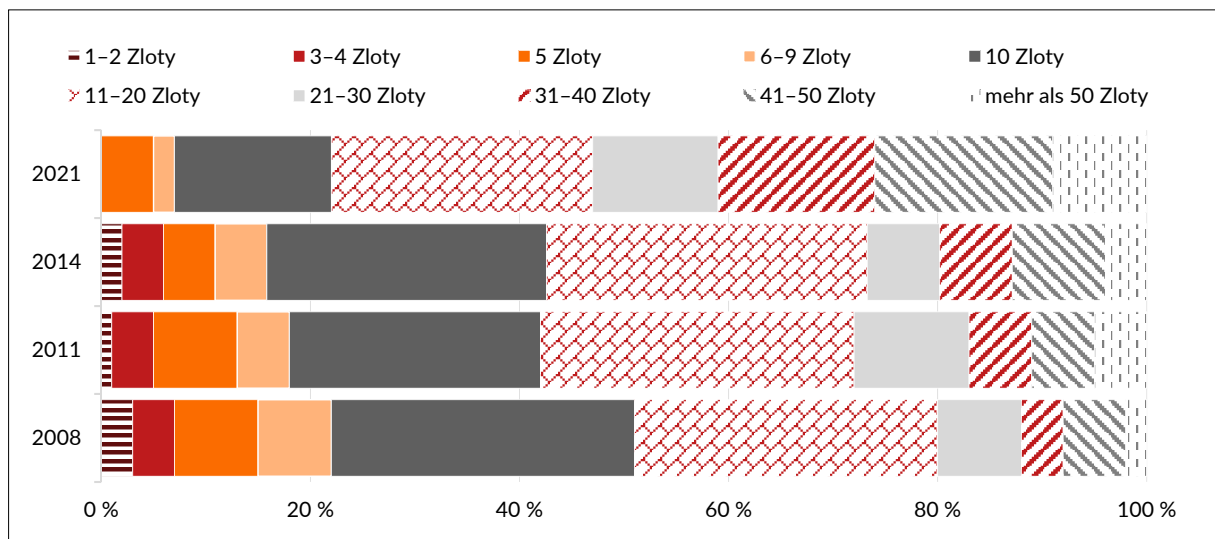
Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 5/2022: Lokalna parafia - jej postrzeganie i funkcje [Die lokale Kirchengemeinde - Wahrnehmung und Funktionen]. Warszawa 01/2022. www.cbos.pl

Grafik 7: Arbeiten Sie ehrenamtlich und unentgeltlich für die Kirche und Kirchengemeinde in Ihrem Quartier/Dorf? (%)



Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 5/2022: Lokalna parafia – jej postrzeganie i funkcje [Die lokale Kirchengemeinde – Wahrnehmung und Funktionen]. Warszawa 01/2022. www.cbos.pl

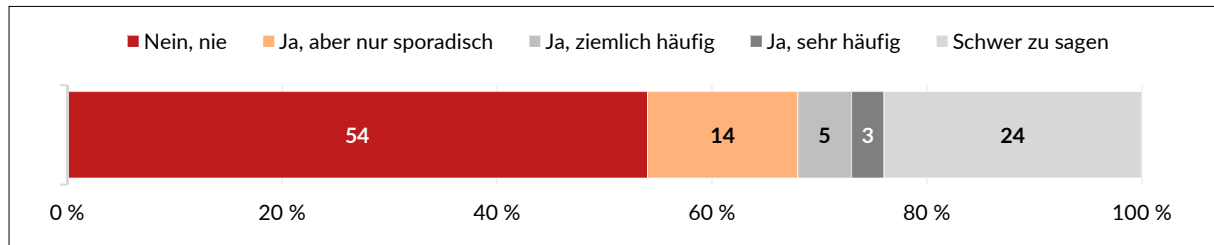
Grafik 8: Angaben zur Höhe der monatlichen Kollektengabe (%)



	1-2 Zloty	3-4 Zloty	5 Zloty	6-9 Zloty	10 Zloty	11-20 Zloty	21-30 Zloty	31-40 Zloty	41-50 Zloty	mehr als 50 Zloty	durchschnittliche Summe
2008	3	4	8	7	29	29	8	4	6	2	20,20 Zloty
2011	1	4	8	5	24	30	11	6	6	5	21,30 Zloty
2014	2	4	5	5	27	31	7	7	9	4	23,10 Zloty
2021	0	0	5	2	15	25	12	15	17	9	36,00 Zloty

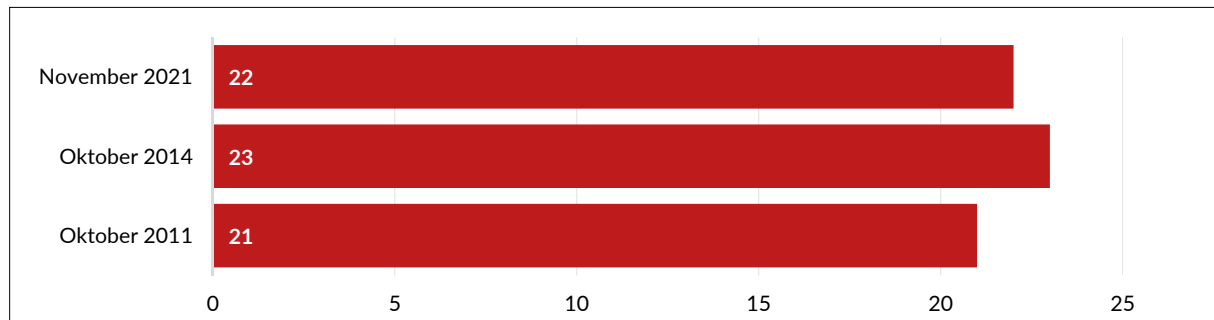
Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 5/2022: Lokalna parafia – jej postrzeganie i funkcje [Die lokale Kirchengemeinde – Wahrnehmung und Funktionen]. Warszawa 01/2022. www.cbos.pl

Grafik 9: Kommt es vor, dass in der Kirchengemeinde in Ihrem Quartier/Dorf der Priester in der Predigt seine parteipolitischen Sympathien kundtut oder nahelegt, welche politische Gruppierung unterstützt oder für wen bei Wahlen gestimmt werden sollte? (%)



Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 5/2022: Lokalna parafia – jej postrzeganie i funkcje [Die lokale Kirchengemeinde – Wahrnehmung und Funktionen]. Warszawa 01/2022. www.cbos.pl

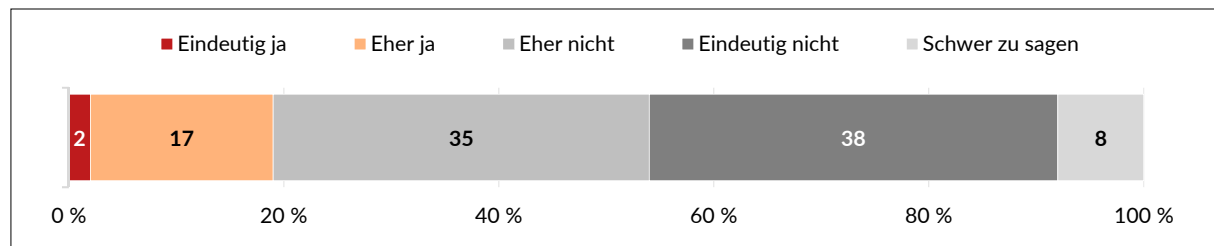
Grafik 10: Kommt es vor, dass in der Kirchengemeinde in Ihrem Quartier/Dorf der Priester in der Predigt seine parteipolitischen Sympathien kundtut oder nahelegt, welche politische Gruppierung unterstützt oder für wen bei Wahlen gestimmt werden sollte? (% Summe der positiven Antworten)*



*Summe der positiven Antworten: Ja, aber nur sporadisch, Ja, ziemlich häufig, Ja, sehr häufig.

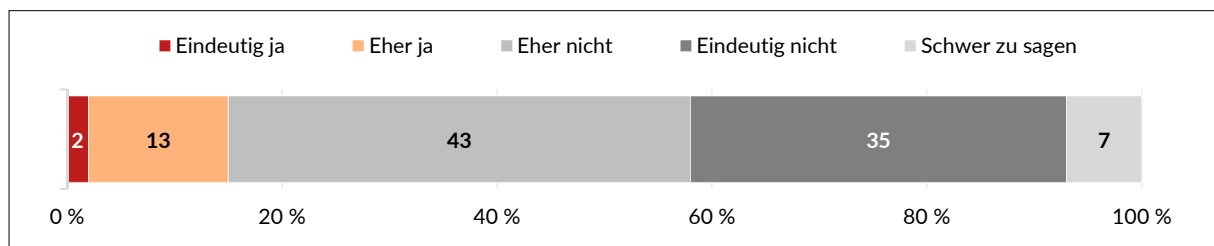
Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 5/2022: Lokalna parafia – jej postrzeganie i funkcje [Die lokale Kirchengemeinde – Wahrnehmung und Funktionen]. Warszawa 01/2022. www.cbos.pl

Grafik 11: Haben Sie Ihrer Meinung nach Einfluss auf die Angelegenheiten der Kirchengemeinde in Ihrem Quartier/Dorf? (%)



Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 5/2022: Lokalna parafia – jej postrzeganie i funkcje [Die lokale Kirchengemeinde – Wahrnehmung und Funktionen]. Warszawa 01/2022. www.cbos.pl

Grafik 12: Möchten Sie Einfluss auf die Angelegenheiten der Kirchengemeinde in Ihrem Quartier/Dorf haben? (%)*



* Antworten derer, die angaben, dass sie nicht das Gefühl hätten, Einfluss auf die Angelegenheiten zu haben.

Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 5/2022: Lokalna parafia – jej postrzeganie i funkcje [Die lokale Kirchengemeinde – Wahrnehmung und Funktionen]. Warszawa 01/2022. www.cbos.pl

CHRONIK

15. März 2022 – 04. April 2022

15.03.2022	Der Sprecher des Außenministeriums, Łukasz Jasina, teilt mit, dass die Botschaften der Republik Polen in Moskau (Russland) und Kiew (Ukraine) sowie das Generalkonsulat in Lemberg (Lviv, Ukraine) auch während des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine weiterarbeiten. In der Ukraine werden die polnischen Diplomaten die Dokumentation von russischen Kriegsverbrechen in der Ukraine unterstützen.
15.03.2022	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, sein Stellvertreter Jarosław Kaczyński sowie die Regierungschefs von Tschechien und Slowenien, Petr Fiala und Janez Janša, reisen mit dem Zug zu einem Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj und Ministerpräsidenten Denys Schmyhal nach Kiew (Ukraine). Die Ukraine befindet sich in einem Krieg mit Russland, den Russland am 24. Februar 2022 begann. Der Sprecher der polnischen Regierung, Piotr Müller, sagt, die Entscheidung für die Visite in Kiew sei auf dem EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Versailles (Frankreich) in der vergangenen Woche getroffen und mit EU-Ratspräsident Charles Michel und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen abgestimmt worden. Auch NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg sowie die US-Regierung seien über die Aktion informiert worden. Aus EU-Kreisen heißt es, dass es kein offizielles Mandat des Europäischen Rates gebe, da formell kein Beschluss der 27 EU-Länder gefasst worden sei.
15.03.2022	Nach dem Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj und Ministerpräsident Denys Schmyhal in Kiew (Ukraine) sagt Vizeministerpräsident Jarosław Kaczyński, notwendig sei eine Friedensmission auf dem Gebiet der Ukraine, die von der NATO und evtl. anderen Organisationen vorzubereiten und militärisch flankiert sei. An dem Besuch in Kiew nahmen auch Ministerpräsident Mateusz Morawiecki und die Regierungschefs von Tschechien und Slowenien, Petr Fiala und Janez Janša, teil. Die Ukraine befindet sich in einem Krieg mit Russland, den Russland am 24. Februar 2022 begann.
16.03.2022	Regierungssprecher Piotr Müller bekräftigt, dass weder Polen noch die NATO die Absicht haben, an Kampfeinsätzen im russischen-ukrainischen Krieg teilzunehmen. Der Appell von Jarosław Kaczyński am Vortag in Kiew, eine Nato-gestützte Friedensmission im russisch-ukrainischen Krieg in der Ukraine einzusetzen, ziele vielmehr darauf, eine internationale Lösung zu entwickeln, um die Kämpfe in der Ukraine aufzuhalten.
16.03.2022	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki teilt mit, dass die Regierung an einem Anti-Putin-Schild arbeitet, der die polnische Wirtschaft vor den Folgen des Krieges zwischen Russland und der Ukraine schützen solle. Gefahren für die Wirtschaft seien die drohende hohe Inflationsrate und die Stagnation des Wachstums.
17.03.2022	Nach seinem Treffen mit dem Ministerpräsidenten von Georgien, Irakli Garibaschwili, in Batumi (Georgien), unterstreicht Regierungschef Mateusz Morawiecki, Polen unterstütze Georgien auf seinem Weg in die Europäische Union. Vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine bekräftigt er, jede souveräne Nation habe das Recht, den europäischen Weg zu wählen. Weiter sagt er, Polen sei in der Europäischen Union Vorreiter für die Konzipierung immer weiter gehender Sanktionen gegen Russland mit dem Ziel, der aggressiven Politik Russlands Einhalt zu gebieten. Morawiecki erinnert an die »prophetische« Aussage des damaligen Präsidenten Lech Kaczyński, der in der ersten Woche des russisch-georgischen Krieges (2008) nach Tiflis gefahren war: »heute Georgien, morgen die Ukraine, übermorgen die baltischen Staaten und danach vielleicht Polen«. Die Warnung erfülle sich zurzeit, auch wenn sie damals von den »Großen der Welt« und der damaligen polnischen Regierung verspottet worden sei.
17.03.2022	Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak empfängt in Warschau seinen britischen Amtskollegen Ben Wallace. Wallace kündigt auf der Pressekonferenz im Anschluss an, Großbritannien werde als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg in der Ukraine zur Unterstützung der NATO-Ostflanke das mobile Raketenabwehrsystem Sky Sabre sowie weitere 100 Soldaten in Polen stationieren. Das Mittelstreckenraketen-Abwehrsystem werde Polen helfen, seinen Luftraum vor eventuellen russischen Angriffen zu schützen. Großbritannien und Polen würden in Zukunft gemeinsam das System weiterentwickeln, so Wallace.
18.03.2022	Der Stadtpräsident von Warschau, Rafał Trzaskowski (Bürgerplattform/Platforma Obywatelska – PO), sagt auf einer Pressekonferenz, Warschau habe seit Beginn des russischen Militärangriffs auf die Ukraine vor drei Wochen ca. 300.000 Flüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen.
19.03.2022	In Warschau findet unter dem Titel »Sicheres Polen« der Programmparteitag der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) statt, der sich Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik widmet. Als Zeichen der Solidarität mit der Ukraine, die von Russland militärisch angegriffen wird, ist der Bürgermeister von Kiew (Ukraine), Vitali Klitschko, als Ehrengast anwesend.
21.03.2022	Nach aktuellen Angaben des Ministeriums für Klima und Umwelt hat Polen im Zeitraum von Januar bis November 2021 knapp 21,5 Mio. t Erdöl importiert. 63,6 % des Imports kamen aus Russland.

22.03.2022	Regierungssprecher Piotr Müller sagt in einem Interview des Senders TVP 1, dass im Rahmen der gegen Russland verhängten Sanktionen mehr als 140 Mio. Zloty auf polnischen Konten russischer Oligarchen eingefroren worden seien. Die EU-weit und darüber hinaus praktizierte Maßnahme wurde von den EU-Mitgliedsländern und weiteren Staaten nach dem russischen Angriff auf die Ukraine getroffen.
23.03.2022	Stanisław Żaryn, Sprecher des Koordinators für die polnischen Geheimdienste, gibt bekannt, dass die Agentur für Innere Sicherheit (Agencja Bezpieczeństwa Wewnętrzznego – ABW) beim Außenministerium die Ausweisung von 45 Mitarbeitern des russischen Geheimdienstes mit Diplomatenstatus beantragt hat. Das Außenministerium gibt dem Antrag statt und bestellt den russischen Botschafter, Sergej Andrejew, ein.
23.03.2022	Einen Monat nach Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine (24. Februar) verabschiedet der Sejm per Akklamation einen Beschluss, in dem die Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Akte des Völkermords, die Russland in der Ukraine verübt, entschieden verurteilt werden. Aufgrund der öffentlich zugänglichen Beweise der Verbrechen erkläre der Sejm den russischen Präsidenten Wladimir Putin bereits heute zum Kriegsverbrecher.
23.03.2022	Das Außenministerium gibt eine Erklärung zum ersten Jahrestag der Inhaftierung von Anđzelika Borys und Andrzej Poczobut, führende Vertreter der polnischen Minderheit in Belarus, ab. Belarus ignoriere konsequent alle Bemühungen Polens um Freilassung. Die Festsetzung durch die belarussischen Behörden sei Ausdruck der Missachtung der Menschenrechte und der Diskriminierung von Minderheiten in Belarus und kein Einzelfall.
24.03.2022	Auf dem Sondergipfel der EU-Staats- und Regierungschefs in Brüssel ruft Ministerpräsident Mateusz Morawiecki zu entschlossenen und weitreichenden Sanktionen gegenüber Russland im Bereich der Kohle-, Erdöl- und Erdgaslieferungen aus Russland nach Europa auf. Außerdem solle Russland von den europäischen Transportwegen (Häfen, Straßen- und Schienennetz) abgeschnitten werden. Den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine bezeichnet er als »Barbarei« und »Massaker«.
25.03.2022	Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak besucht das Militärmanöver Bull Run-18 in Siemianówka (Woiwodschaft Podlachien/województwo podlaskie), das polnische Streitkräfte gemeinsam mit NATO-Verbündeten zweimal im Jahr absolvieren.
25.03.2022	Präsident Andrzej Duda und der US-amerikanische Präsident Joe Biden besuchen im nahe der polnisch-ukrainischen Grenze gelegenen Rzeszów Nichtregierungsorganisationen, die humanitäre Hilfe für Flüchtlinge aus der Ukraine anbieten. Anschließend treffen sie Soldaten der polnischen bzw. US-Armee, die dort stationiert sind. Auf einer Pressekonferenz sagt Duda, Polen habe seit Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine vor einem Monat 2,5 Mio. Flüchtlinge aufgenommen und rechne mit weiter steigenden Zahlen.
26.03.2022	In seiner Rede in Warschau am letzten Tag seines zweitägigen Polen-Besuches ruft der US-amerikanische Präsident Joe Biden angesichts des seit einem Monat dauernden russischen Angriffskrieges in der Ukraine die Staaten der NATO, der G7 und der EU zur Geschlossenheit in einem langen Kampf für die Demokratie auf. Biden bekräftigt die Einsatzbereitschaft gemäß Artikel 5 des NATO-Vertrags im Falle eines militärischen Angriffs auf Polen.
27.03.2022	In einem Interview mit TVP 1 sagt Landwirtschaftsminister Henryk Kowalczyk, es gebe Überlegungen mit der ukrainischen Seite, landwirtschaftliche Rohprodukte zur Lebensmittelverarbeitung nach Polen zu bringen und anschließend in die Ukraine zurückzuliefern. Auf diese Weise solle die humanitäre Notlage der Ukraine infolge des russischen Angriffskrieges gelindert werden. Lebensmittel verarbeitende Unternehmen in der Ukraine seien durch militärische Angriffe stark zerstört worden.
28.03.2022	Nach Einschätzung von Paweł Soloch, Chef des Büros für Nationale Sicherheit (Biuro Bezpieczeństwa Narodowego – BBN), war insbesondere der Besuch des US-amerikanischen Präsidenten Joe Biden in der vergangenen Woche in Rzeszów nahe der polnisch-ukrainischen Grenze ein deutliches Signal an Russland, dass die USA ihre Verbündeten im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine strikt verteidigen werden.
29.03.2022	Vizeverteidigungsminister Marcin Ociepa kündigt für den nächsten Tag Beratungen über die Einrichtung von Schulungszentren für Verteidigung in jeder Woiwodschaft an. Die Zentren sollen für Schulen und Nichtregierungsorganisationen zugänglich sein. Alle Schüler sollen im Rahmen der Verteidigungsvorbereitung, die ab September in den Unterricht eingeführt wird, Schießübungen absolvieren.
30.03.2022	Die Sejmabgeordneten Arkadiusz Mularczyk (Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość – PiS) und Paweł Kowal (Bürgerkoalition/Koalicja Obywatelska – KO) sowie fünf Abgeordnete des ukrainischen Parlaments treffen sich in Washington mit Vertretern des US-amerikanischen Kongresses und Senats sowie mit Vertretern von Think Tanks. Thematisiert wird der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, u. a. die Verteidigungsfähigkeit der Ukraine, die Stärkung der NATO-Ostflanke, ein Wiederaufbauplan und Reparationszahlungen für die Ukraine. Mularczyk sagt in einem Pressegespräch, mit Blick auf Polen habe man die Amerikaner aufgefordert, statt der zurzeit rotierenden US-amerikanischen Militärbasen ständige Stützpunkte in Polen einzurichten.

30.03.2022	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki zeigt sich optimistisch, dass spätestens im Mai der Import russischer Kohle nach Polen gestoppt werden könne. Die Regierung habe einen entsprechenden Gesetzesentwurf an den Sejm geleitet, der ein Einfuhrverbot für Kohle aus der Russischen Föderation und dem russisch besetzten Donbass (Ukraine) sowie den Transit von russischen Kohlelieferungen durch Polen vorsieht. Polen bemühe sich auch, bis Jahresende eine Alternative zu Erdöllieferungen aus Russland gefunden zu haben. Regierungssprecher Piotr Müller sagt, die Regierung sei sich des rechtlichen Risikos eines Importstopps bewusst. Es könne nach sich ziehen, dass sich Polen möglicherweise vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) verantworten müsse.
31.03.2022	Vor dem Hintergrund der Ankündigung von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki am Vortag, Gas- und Öllieferungen aus Russland in absehbarer Zukunft zu stoppen, spricht sich Władysław Kosiniak–Kamysz, Parteichef der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL), in einem Radiointerview dafür aus, Energieankäufe aus der Ukraine zu erwägen. Dort liefen die Kraftwerke, es werde aber wegen des russischen Angriffskrieges weniger Energie abgenommen. Außerdem habe die PSL bereits vorgeschlagen, in Polen Entscheidungen für den Bau von Anlagen für grüne Energie von der nationalen Ebene auf die Ebene der Gemeinden zu verlegen.
01.04.2022	Nach aktuellen Angaben des Statistischen Hauptamtes (Główny Urząd Statystyczny – GUS) stiegen die Preise für Konsumgüter und Dienstleistungen im März 2022 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 10,9 %. Im Vergleich zum Vormonat betrug die Steigerung 3,2 %.
02.04.2022	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki beruft den stellvertretenden Innenminister Paweł Szefernaker zum Beauftragten für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine. Seine Aufgabe ist es, die Tätigkeiten der Ministerien, der Selbstverwaltungsbehörden und der Nichtregierungsorganisationen in der Flüchtlingshilfe zu koordinieren.
02.04.2022	Die Moderne (Nowoczesna) bestätigt auf einem Parteitag in Warschau ihren Parteivorsitzenden Adam Szałka mit 174 Stimmen gegenüber dem Gegenkandidaten Krzysztof Mieszkowski, den 24 Delegierte wählten. Die Moderne bildet zusammen mit der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), der Initiative Polen (Inicjatywa Polska) und den Grünen (Zieloni) die oppositionelle Fraktion Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO) im Sejm. An einer Diskussion des politischen Programms nehmen auch PO-Parteichef Donald Tusk, Barbara Nowacka, Parteivorsitzende der Initiative Polen, und die Vizevorsitzende der Grünen, Urszula Zielińska, teil.
03.04.2022	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki fordert angesichts der ukrainischen Meldungen über mutmaßliche Kriegsverbrechen der russischen Streitkräfte in der Stadt Butscha (Ukraine) eine schnelle Einberufung des Europäischen Rates. Aus Butscha gibt es Berichte über ein Massaker an Zivilisten.
04.04.2022	Auf einer Pressekonferenz betont Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, dass es Deutschland und die reichsten Länder Westeuropas seien, die umfangreiche Sanktionen gegen Russland bremsen würden. Ungarns Staatspräsident Viktor Orbán habe die infolge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine verhängten Strafmaßnahmen der Europäischen Union bisher nicht aufgehoben. Morawiecki nimmt keine explizite Stellung zu einer Journalistenfrage nach Orbáns Äußerung am Vorabend, als dieser nach seinem sich abzeichnenden Wahlsieg u. a. die »Bürokraten und Brüssel« und den Staatspräsidenten der Ukraine, Wolodymyr Selenskyj, als Gegner Ungarns bezeichnet hat.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

LESEHINWEIS

Jahrbuch Polen 2022 Widersprüche

Herausgegeben vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt,
© Otto Harrassowitz GmbH & Co. KG, Wiesbaden 2022,
230 S., Preis: 19,80 € (Abo 18,00 €), ISBN 978-3-447-11808-8
www.deutsches-polen-institut.de
Bestellung: verlag@harrassowitz.de



Jahrbuch Polen 2022 Widersprüche Band 33

Das Jahrbuch Polen 2022 beschäftigt sich mit polnischen »Widersprüchen«. Kontrastreich erscheint uns Polen vor allem seit dem Jahr 2015, als die nationalkonservative Partei Recht und Gerechtigkeit die Regierung übernahm. So folgt unser Fokus zunächst dem grundlegenden Gegensatz zwischen dem aktuell herrschenden Konservatismus und dem nach 1990 lange dominierendem Liberalismus.

Heute scheiden sich in Polen die Geister in Fragen von modernen Lebensentwürfen. So geht es auch um Widersprüche im Umgang mit Frauen, mit Männern und im Verhältnis der Geschlechter untereinander. Auch in den eigenen Mobilitäts Erfahrungen im »multikulturellen« Westen einerseits und der schroffen Distanz »Fremden« gegenüber treten gesellschaftliche Kontraste zutage.

Lange war die katholische Kirche in Polen wie ein Fels in der Brandung, aber zu heutigen Zeiten muss die Kirche nun aufgrund eigener Verfehlungen die größte Niederlage über sich ergehen lassen. Widersprüche brechen sich auch in der Ästhetik Bahn, spannende Entwicklungen in Architektur und Stadtplanung treffen auf Chaos im öffentlichen Raum.

Ist Polen also ein einziger Widerspruch in weiß-rot? Das Jahrbuch Polen lädt dazu ein, das ganze Spektrum zu entdecken!

Inhalt

Einführung	Die Kraft der Widersprüche oder »Einmal Polen Schwarz-Weiß, bitte!«
Essay	
Olga Drenda	Zwischenstadt Polen
Michał Olszewski	Mobilität und Verlust
Agata Czarnacka	Migration, Patriotismus und kollektiver Narzissmus. Polen und die Herausforderungen der Vielfalt
Tomasz Zarycki / Aleksandra Konarzewska	Der politische Konflikt bleibt noch immer ein Spiel der Intelligenz
Dominika Kozłowska	Ist Polen (noch) ein christliches Land?
Reinhold Vetter	<i>Polexit</i> durch die Hintertür. Polnische Regierungspolitik und europäische Themen
Barbara Fatyga / Dawid Karpiuk	Legende einer Generation
Andrzej Leder / Sławomir Sierakowski	Klassenspiele
Tomasz Szlendak / Elżbieta Turlej	Verfemte Waisen
Ewa Wanat	Kampf der Geschlechter oder »You'll never walk alone«
Jennifer Ramme	Der Vielfalt »Frau werden«. Synergien und Unvereinbarkeiten frauenpolitischer Bewegung(en) in Polen
Lech M. Nijakowski	Polen: ein Land – zwei Lager? Zweifel an einer weit verbreiteten Meinung
Stefan Garsztecki	Was ist des Polen Vaterland? Zwischen links und rechts
Piotr Marecki	Am Wegesrand
Agnieszka Pajęczkowska / Aleksandra Zbroja	»Was habt ihr denn gedacht?« Gespräche mit masowischen Frauen
Marek Szymaniak / Jędrzej Dudkiewicz	Die verrostete Seite Polens
Anna Arno	Dieses Land

Anhang

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2022 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen



caucasus
analytical
digest



Polen-Analysen



Russland-Analysen



Ukraine-Analysen



russian
analytical
digest



Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>